

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 27 (1933)
Heft: 1

Rubrik: Rundschau : zur Chronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zu erklären ist. An dem jenem andern unmittelbar folgenden Eisenbahnunglück in Oerlikon bei Zürich hat nach allgemeiner Ueberzeugung die Schuld eine Sparwut, die über dem Gelde den Menschen vergißt. Und die grenzenlos töricht ist! Ruch hat ausgerechnet, daß man nur mit den Kosten des Eisenbahnunglücks von Luzern zehn Jahre lang alle Schnellzüge mit zwei Mann ausrüsten könnte. Der Dienst der Dämonen ruiniert alle Güter der Erde und auch sich selbst.

In diesen Zusammenhang gehört auch der Absturz des schweizerischen Fliegers Cuendet und vor allem die Katastrophe der „Atlantique“, der eine Reihe von ähnlichen vorausgegangen ist. Wer auch nur auf einem der frühern, noch lange nicht mit dem Luxus der jetzigen ausgestatteten Riesendampfer über den Ozean gefahren ist, der weiß, wie dieser Luxus der Ausstattung und diese Verschwendung im Essen und Trinken, neben dem ganzen übrigen Tun und Treiben, das sich auf einem solchen Schiffe zu entfalten pflegt, die Dämonen herausfordern. Diese Katastrophen werden ganz besonders zum Symbol des Zusammensturzes einer ganzen von Gott abgekommenen Zivilisation.

11. Januar 1933.

Leonhard Ragaz.



Rundschau



Zur Chronik.

I. *Weltpolitisches.* Die Konvention betreffend die *Hilfsaktion des Völkerbundes* für finanziell schwache Staaten bei großen *Unglücksfällen* ist nun von 27 Staaten ratifiziert und damit in Kraft getreten.

Mexiko ist aus dem Völkerbund ausgetreten, angeblich aus Ersparnisrücksichten, in Wirklichkeit wohl aus sozialistisch begründeter Opposition. Es besteht aber die zweijährige Wartefrist.

In *Rumänien* und *Bulgarien* finden Regierungskrisen statt. In *Belgien* haben Katholiken und Liberale ein neues Koalitionsministerium gebildet.

Zwischen *Deutschland* und *Frankreich* ist ein Handelsvertrag zustande gekommen, der als für beide Teile günstig gilt und von dem man versöhnende Wirkungen erwartet.

In *Kaschmir* und im Staate *Alwar* in Indien haben Aufstände der Mohamedaner und in *Bombay* schwere Kämpfe zwischen diesen und den Hindus stattgefunden. Was dahinter steht, weiß man nicht genau.

II. *Friedens- und Abrüstungsbewegung.* In Deutschland wird die sogenannte *Luft- und Gaschutzbewegung* mit großem Eifer betrieben. Dahinter steckt zum Teil die Rüstungsindustrie, zum Teil überhaupt die Absicht, die Aufrüstungssimmung zu verstärken, indem die Bevölkerung einerseits durch die Luftgefahr erschreckt und von der Notwendigkeit einer starken Armee überzeugt und andererseits darüber beruhigt wird, indem man ihr die Möglichkeit eines solchen Schutzes vortäuscht.

Die *Rüstungsindustrie* gedeiht im übrigen glänzend. Ihre Aktien und Dividenden stehen am allerhöchsten. Auch die *schweizerischen* Unternehmungen dieser Art werden aus Südamerika und Asien mit Aufträgen völlig überschüttet. Be-

fonderes Aufsehen erregt eine durch die „Wiener Arbeiterzeitung“ aufgedeckte gewaltige Waffenschlebung aus Italien nach Ungarn, *durch Vermittlung der Solothurner Waffenfabrik*. Herrliche Ausichten und wunderbare Neutralität!

Die „*Neue Zürcher Zeitung*“ hat (wie auch anderwärts erwähnt ist) zwischen Weihnachten und Neujahr eine Verteidigung des Munitions- und Waffenhandels nach dem Ausland gebracht, die an Niederträchtigkeit der Begründung ein non plus ultra erreicht.

Präsident Hoover möchte bis zu einem Verbot der *Waffen- und Munitionslieferungen* fortschreiten. Daran verhindert, verlangt er wenigstens eine starke Einschränkung.

Die zwei großen *Internationalen der Kriegsoffer*, die 7½ Millionen Mitglieder zählen, wollen eine große Manifestation gegen den Krieg vorbereiten, welche auf die Abrüstungskonferenz wirken solle.

Sechzehn deutsche Friedensgesellschaften erlassen eine Erklärung gegen die *Aufrüstung*, der Landesverband Großhamburg der Allgemeinen Freien Lehrergewerkschaft Deutschlands eine gegen den *Gaschutzschwindel* und eine ganze Reihe von deutschen und österreichischen Friedensorganisationen und Friedensbewegungen solche gegen den Milizbetrug.

Der *deutsche Evangelische Friedensbund* (Präsident: Pfarrer Karl Schmidt in Berlin) erweitert sich langsam. Es sind ihm bisher 400 Männer und Frauen ausdrücklich beigetreten. Seine bedeutendsten Zentren sind bisher Berlin, Halle und Königsberg.¹⁾

In Amerika ist eine *Grüne Internationale* entstanden, die sich die Propaganda der *Dienstverweigerung* zum Ziele setzt. (Der Name kommt daher, daß die Mitglieder ein grünes Hemd tragen.) Bekanntlich gibt es schon eine *Internationale der Dienstverweigerer*, die ihren Sitz in Enfield (England) hat und von der die „*Neuen Wege*“ schon oft berichtet haben.

Die *Heizer* auf den *kolumbischen Kriegsschiffen* verweigern aus Opposition gegen den drohenden Krieg den Dienst. (Wirklich aus Opposition gegen den Krieg?)

Der Chauffeur *August Jäger* in Erfurt ist zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil er am 14. April 1915 bei Langemark (in Flandern) zum Feinde übergelaufen sei und ihm den geplanten großen deutschen Gasangriff verraten habe, übrigens ohne Erfolg. Und die großen Menschenflächter, die viele Hunderttausende von Leben auf dem Gewissen haben?

III. *Soziale Bewegung und Sozialismus*. 1. Die Arbeitslosigkeit ist in Deutschland auf etwa 8 Millionen, in der Schweiz auf etwa 70 000 gestiegen, wobei in beiden Fällen die noch größere Zahl der Kurzarbeiter nicht eingerechnet ist.

In Oesterreich (Oststeiermark) und in Italien (Sassano, im Süden) ist es zu *schweren Bauernrevolten* gekommen. Die schweizerische Bundesversammlung hat von neuem Hilfsmaßnahmen für die *Kleinmeister in der Uhrenindustrie* und die *Milchproduzenten* (worunter aber nicht die *Kühe* zu verstehen sind!) beschlossen. Gegen die *erhöhte Besteuerung* von Kaffee und Tee setzen sich die Konsumenten, besonders die Arbeiterorganisationen, zur Wehr. Auch eine *Erhöhung der Tabaksteuer* ist im Werke.

Die Konferenz des Arbeitsamtes in Genf verhandelt auch die *Vierzigstundenwoche*.

2. In *Rußland* gehen bedeutende Entwicklungen vor sich. Es werden strenge Maßregeln gegen Arbeiter ergriffen, welche bei der Arbeit lässig sind. Schon ein einmaliges Fernbleiben ohne genügenden Grund wird mit Entlassung bestraft. Zwanzig Prozent aller Beamten und Angestellten ist gekündigt worden. (Es gibt infolgedessen auch in Rußland eine Arbeitslosigkeit.) Von der Einführung des Leistungslohnes ist schon früher berichtet worden. Eine große Säuberungsaktion entfernt hunderttausende von Verdächtigen (besonders im Nordkaukasus) aus der Partei.

¹⁾ Von der *katholischen* radikalen Friedensbewegung soll sobald als möglich einmal ein zusammenfassender Ueberblick gegeben werden.

Am Rätekongreß hält *Stalin* eine wichtige Rede. Er gibt zu, daß der Fünfjahrplan nur teilweise ausgeführt worden, die Kollektivierung der Landwirtschaft (die 60 Prozent der Bauern erfaßt) übereilt worden und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Kleidern und andern Gebrauchsgegenständen ungenügend sei. Daran trage die Hauptschuld der Umstand, daß besonders wegen der Kriegsgefahr im Osten die Großindustrie sich vier Monate lang vorwiegend mit Rüstungsarbeit habe beschäftigen müssen. „Jetzt sind wir gerüstet.“ Besonders wichtig ist die Erklärung, daß überhaupt die Angst vor einem Angriff der „imperialistischen Mächte“ und die Schaffung einer genügenden Kriegsindustrie das Hauptmotiv der raschen Industrialisierung Rußlands (und also auch des Fünfjahrplanes) gewesen sei. Jetzt könne das Tempo verlangsamt und mehr Rücksicht auf die Versorgung der Bevölkerung genommen werden.

Die *sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages* hat beschlossen, die Regierung zu einer entschiedeneren Haltung ihrer Vertreter in den Völkerbundsorganen gegenüber *Japan* aufzufordern.

Die genaue Stimmenzahl, die *Norman Thomas*, der sozialistische Präsidentschaftskandidat in den Vereinigten Staaten erhalten hat, ist endlich festgestellt worden. Sie beträgt 881 951.

Die schweizerische Initiative für eine *Krisensteuer* hat schon gegen 200 000 Unterschriften, eine verhältnismäßig sehr große Zahl, erreicht. Das Referendum gegen den *Lohnabbau* ist im Gange und wird wohl auch große Zugkraft haben.

Etwas Menschliches, oder auch Unmenschliches: *Trozkys* Tochter, Frau Wolkow, mit ihrem sechsjährigen Sohne in der Nähe von Berlin wohnend (ihr Mann lebt als Verbannter irgendwo in Sibirien) hat sich aus Angst vor der drohenden Ausweisung in schwerer Erschöpfung der Nerven das Leben genommen. Die ganze *Trotsky-Hetze* der bürgerlichen Welt, die diesen Mann wie ein wildes Tier behandelt, ist etwas vom Schändlichsten, was man in diesen Tagen erlebt, möge man über *Trotsky* denken, wie man wolle.

IV. *Schweizerisches*. Die *faschistischen Umtriebe* von Italien her beunruhigen fortwährend den Kanton *Tessin*. Eine arge Spitzelaffäre hat letzthin Aufsehen erregt. Wenn der Bundesrat gegen den Faschismus die gleiche starke Hand zeigte, wie gegen den Kommunismus (und Antimilitarismus), dann wäre das längst anders.

V. *Kulturelles*. Die *Türkei* wolle gegen den Handel mit *Betäubungsmitteln* energisch vorgehen. Wirklich?

Gegen *Einsteins* neue Einreise nach den Vereinigten Staaten, wo er für einige Monate eine Professur bekleidet, haben „patriotische“ Frauenvereine daselbst wegen seinem Antimilitarismus und Sozialismus protestiert. Ohne Erfolg allerdings. (Die Vaterländische Vereinigung möge ihnen ein Beileidstelegramm schicken!)

Mit der Abschaffung der *Prohibition* geht es nicht so schnell. Es findet sich nicht die nötige Zweidrittelmehrheit der Kammern. Merkwürdig und beschämend bleibt doch, daß das amerikanische Volk jetzt, in seiner furchtbaren Wirtschaftskrise, nichts Wichtigeres zu begehren haben sollte, als möglichst bald wieder trinken zu dürfen.

In *Polen* schränkt die Diktatur die akademische Freiheit ein.

In der englischen Kolonie *Kenya* (Ostafrika) sind auf den Feldern, die man den Eingeborenen angewiesen, *Goldlager* entdeckt worden. Schleunigst vertreibt man die bisherigen Besitzer.

12. Januar.

Ein Feldzug gegen den religiösen Sozialismus. Zu dem, was Lejeune in der letzten Nummer über den Feldzug, den Professor *Günther Dehn* im Sommer gegen den religiösen Sozialismus unternommen hat, ausführt, möchte ich nur noch ein paar Bemerkungen fügen.

Professor *Günther Dehn*, der durch die Anfechtung von Seiten der Nationalisten wegen seiner, übrigens sehr wenig entschiedenen oder gar heroischen

Stellung zum Kriege vielen bekannt geworden ist, hat auf Einladung der Studentenschaften der betreffenden Städte letzten Sommer in Zürich, Basel und Bern einen Vortrag über „*Christentum und Sozialismus*“ gehalten. Offenbar war das Ganze als Feldzug gegen den religiösen Sozialismus, speziell den schweizerischen, geplant. Ob es gerade von sehr viel Takt zeugt, wenn ein deutscher Professor nach der Schweiz kommt, um eine schweizerische Bewegung zu bekämpfen, und zwar in Vorträgen, nach denen es keine Diskussion gibt, bleibe dahingestellt, ebenso, was für Motive Professor Dehn und seine Auftraggeber gehabt haben mögen. Ich selbst konnte seinen Vortrag nicht besuchen und erfuhr davon damals bloß durch ein kurzes Referat in der „Neuen Zürcher Zeitung“, das mich, so schief mir Professor Dehns Behauptungen vorkamen, doch zu keiner Gegenäußerung veranlaßte. Erst hinterher habe ich mehr erfahren und auch den Vortrag gelesen. Nun bin ich froh, daß ich nicht Zuhörer gewesen bin. Denn es wäre mir nicht gerade leicht gefallen, einer so raffiniert unrichtigen Darstellung meines Wollens (Theologen sind ja in derartigen Künsten besonders geübt) zuzuhören, ohne widersprechen zu dürfen.

Denn durch und durch unrichtig, ja unwahr ist seine Darstellung. Unwahr, weil Professor Dehn in der Lage war, den Sachverhalt zu kennen. Er ist ja selbst ein religiöser Sozialist gewesen und weiß, worum es sich handelt. Nun hat man gewiß das Recht, Ansichten zu wechseln, aber es zeigt sich dann, aus welchem Metall ein Charakter ist. Man kann dann eine Sache, die man aufgegeben hat, in ihrem wirklichen Sinn, so wie ihre Träger selbst sie verstehen, ja vielleicht sogar noch tiefer und gerechter, darstellen und entsprechend bekämpfen, oder man kann sie *entstellen*. Letzteres ist das *Gewöhnliche*, in *jedem* Sinn des Wortes.

Und es ist auch die Methode, die Professor Dehn, besonders in der Darstellung *meines* Wollens, angewendet hat. Sehr gewöhnlich ist in der Tat diese Methode! Es ist die Kunst entstellenden *Zitierens*. Diese Entstellung wird so weit getrieben, daß man von *Verfälschung* des Sinnes reden muß. Denn die Zitate, die Professor Dehn bringt, werden aus einem Zusammenhang gerissen, der ihnen ein ganz anderes Licht gibt, als sie nun in seiner Darstellung haben. Aber noch mehr: sie sind mit einer wirklichen Kunst aus der Fülle all meiner Äußerungen über dieses Thema meines Lebens herausgesucht, die ganz anders lautenden aber sind verschwiegen. Von meinem Blumhardtbuch, von meiner Kritik des Sozialismus und meiner positiven Darstellung meines Wollens, vor allem auch von meinem Cauber Vortrag¹⁾ weiß Professor Dehn nichts, d. h. er verschweigt das Wesentliche und sucht etwas heraus, was seinem Zwecke dient. Und natürlich ist es zuletzt keine Hexerei, aus all meinen Ausführungen über Christentum und Sozialismus ein paar Sätze herauszufischen, die sich dafür eignen. Daß nach Aussage meiner Freunde, die den Vortrag anhörten, diese Zitate noch dazu in einem Ton vorgetragen wurden, der als Ironie, ja Hohn wirkte, ist die Krönung dieses „dialektischen“ Verfahrens.

Ich will die Zitierungsmethode Professor Dehns an dem Hauptzitat, das er bringt, illustrieren. Aus dem Aufsatz „Unser Sozialismus“ in dem Buche „Weltreich, Religion und Gottesherrschaft“, der ausgerechnet den Zweck hat, eine scharfe Abgrenzung zwischen Christus und dem Sozialismus als rein politischer Bewegung vorzunehmen, greift er folgende Stelle heraus: „Wir sind zur Sozialdemokratie gegangen, weil wir darin etwas vom Gottesreich zu finden glaubten... [Man beachte: „etwas vom Gottesreich“, nicht „das Gottesreich“.] Wir sahen in der Bewegung ein Aufbrechen der Wahrheit Christi. Denn hier tauchte ja im Gegensatz zu der vorhandenen die ganze Welt des Gottesreiches auf: an Stelle der Räuberwelt eine Welt der Solidarität, an Stelle der Herrschaft der Materie eine neue Herrschaft des Geistes, an Stelle des Mammons der Mensch, an Stelle der Macht das Dienen“ und so fort. Aber er verschweigt, daß es unmittelbar vorher heißt: „Wir glaubten darin etwas vom Gottesreich zu entdecken. Das will, wie

¹⁾ In „*Reich Gottes — Marxismus — Nationalsozialismus*“.

die Worte andeuten, durchaus nicht etwa sagen, was man uns etwa zugetraut hat, daß wir in ihr schon *das* Gottesreich, das fertige und vollkommene gesehen hätten. Solche Torheit sollte man Menschen, die im übrigen doch gezeigt haben, daß sie nicht von allem Verstand und guten Urteil verlassen sind, ohne Not nicht zutrauen. Wir haben die Fehler und Schatten der Sozialdemokratie immer gesehen, freilich mit Augen der Liebe und nicht des Hasses, aber einer *sehenden* Liebe, und eine solche sieht besser als der Haß. Diese Fehler und Schatten haben uns wahrscheinlich viel mehr Unruhe und Herzweh bereitet, als ihren Gegnern, denn ihnen waren sie ja zum Teil eine Freude oder sie standen ihnen doch als kühle Richter gegenüber, wir aber fühlten uns dafür mitverantwortlich, wir nahmen sie auf uns, wir trugen sie mit. Aber trotzdem sehen wir in der Bewegung ein Aufbrechen der Wahrheit Christi.“ (Ganz genau das gleiche sagen Blumhardt und ihm nach Kutter immer wieder. Aber bei ihnen ist es rein „religiös“, bei mir bloß Sozialismus.)

Man sieht auf den ersten Blick, wie verschieden die von Professor Dehn zitierten Worte sich anhören mit oder ohne diesen Zusammenhang. Aber es stehen in jenem Aufsatz vorher und nachher noch Stellen, darunter fettgedruckte, in Hülle und Fülle, die deutlich genug meine wahre Meinung kundtun. Z. B.: „*Wir wollten einfach im Namen Gottes und Christi, denen wir dienten, in aller Stille das tun, was recht war, wollten der Wahrheit Gottes und Christi die Ehre geben, unbekümmert um den Erfolg.*“ Wir glaubten dabei freilich, daß infolge von äußeren und inneren Krisen, auch eines Umschwunges der allgemeinen Kultur, die Sozialdemokratie dazu kommen werde, das was an Gottesreichswahrheit in ihr sei, reiner zu entwickeln, die entstellenden Hüllen abzustreifen und zuletzt sich zu dem Gott, dem sie unbewußt diente, bewußt zu bekennen. Wir hofften, vor allem auf ein Kommen des Gottesreiches in Form eines Erwachens der ganzen Christenheit oder einer sonstigen starken neuen Ausgießung des Geistes, und erwarteten, daß davon auch die Sozialdemokratie mitgerissen werde. Wir hatten ja immer eine Hoffnung, die über die Sozialdemokratie, ja auch über den Sozialismus hinausging. Es ist ganz verkehrt, wenn man meint, wir hätten uns der Sozialdemokratie zugewendet, weil diese uns das Gottesreich verwirklichen sollte. Das genaue Gegenteil ist richtig: gerade weil wir an das Gottesreich glaubten, das *unabhängig* ist von der Sozialdemokratie und unendlich *größer* als sie und wir etwas davon gespürt hatten, bekamen wir die Möglichkeit und den Antrieb, es auch in ihr zu sehen und uns mit ihr zu verbinden. Sie war uns — das ist die endgültige Formel — ein Zeichen des Abfalls der Christenheit, aber auch eine Verheißung eines neuen Kommens des Reiches Gottes. Sie war eine gewaltige Mahnung Gottes. Was sie vertrat, war nicht *alle* Wahrheit des Reiches, aber wir sahen diese doch hinter ihr. Sie war eine erste Welle, auf welche andere, tiefere, reinere, vollere folgen mußten. Wir aber bekannten uns, indem wir zur Sozialdemokratie gingen, zu *unserm* Gott, zu *unserm* Christus und zu ihrem Reich.“ „*Wir sind entschlossen, künftig mit entfalteten Fahnen nur dem ganzen und echten Gottesreich zu dienen.*“ „*Ein Kommen Gottes in neuer Liebe und neuer Gemeinschaft der Liebe — das ist das Eine, was not ist.*“ Das ist im Jahre 1917 gesagt, im Zusammenhang mit einer scharfen Kritik des Marxismus und der tatsächlichen Sozialdemokratie. Hätte Professor Dehn *diese* Stellen vorgelesen, wie er loyaler Weise hätte tun müssen, dann hätte er es allerdings schwerer gehabt, meine Denkweise ins Licht der Lächerlichkeit zu rücken, aber er wäre ein *redlicherer* Gegner gewesen.

So viel von dieser allzu gewöhnlichen Kampfweise.

Gewöhnlich in jedem Sinn ist aber auch die *These*, mit der Professor Dehn seinen Feldzug bestreitet. Es ist die tausendmal widerlegte und tausendmal wiederholte Behauptung, daß wir Reich Gottes und Sozialismus verwechselten. Diese Behauptung verbirgt sich unter dem Stichwort der „Synthese“ von Christentum und Sozialismus, die ich vertreten solle. Wer auch nur eine Ahnung von meiner wirklichen These hat, weiß, daß dieses, übrigens sehr unklare Stichwort auf mein

Wollen nicht zutrifft. Was Professor Dehn als Bekämpfer des religiösen Sozialismus von Halle in die Schweiz gebracht hat, das ist, wie man bereits gemerkt haben wird, das verbrauchte Klischee, das nun seit Jahrzehnten Leute handhaben, die zum weitaus größten Teil nie ein Buch oder auch nur einen größeren Aufsatz von mir über ein zentrales Thema gelesen haben, aber einer dem andern nachschwätzen und irgend ein mißbräuchliches Zitat entlehnen. Diese Art redet viel von „Wort Gottes“, daß aber im Wort Gottes auch das Verbot des falschen Zeugnisses steht, vergessen sie ob ihrem Eifer für Gott und sein Wort und für das reine Evangelium. Das Klischee ist: Blumhardt, der Mann Gottes, der das Evangelium als Hoffnung wieder entdeckt, Kutter als Prophet, der den lebendigen Gott verkündet, Ragaz, der das Reich Gottes mit dem Sozialismus verwechselt. Die ganz offenkundige Tatsache, daß sowohl Blumhardt als Kutter auf der politischen und sozialistischen Linie sogar bedeutend weiter als ich gegangen sind, hindert diese Leute nicht. Blumhardt und Kutter „haben es halt anders gemeint“, nur ich habe es nicht anders gemeint. Ich erkläre dieser *fable convenue* gegenüber, hinter der sehr viel allzumenschliche Motive und Machinationen stecken, von denen ich nur gezwungen einmal reden würde, ein für allemal: *So wie Lejeune in seinem Vortrag auf Grund reichster Orientierung Blumhardts Stellung zum Sozialismus darstellt, so ist auch die meinige; so ist sie immer gewesen.* Selbstverständlich habe ich sie nicht mit der gleichen Vollmacht und Reinheit wie Blumhardt vertreten, aber im *Wesen* war sie immer die gleiche. Nichts fiel mir leichter als dies durch Zitate ohne Ende zu beweisen, und zwar von meiner religiös-sozialen Anfangszeit an. Ich sage darum ruhig: *Man wage sich an Blumhardt selbst.* Professor Dehn hat es einst im „Neuwerk“ getan; er ist nicht davor zurückgeschreckt, einer religiösen Mode folgend, auch Blumhardt „Titanismus“ vorzuwerfen. In feinen Spuren wandelt als *enfant terrible* Schütz, in dem von Lejeune erwähnten lächerlichen Buche, nur daß nun „Säkularismus“ sein Stichwort ist — ein noch moderneres Modewort. Aber in der Schweiz war es strategisch richtiger, Ragaz anzugreifen und zu entwerten. Strategisch richtiger...!

Ich habe von theologischen Modestichworten geredet. Neben dem „Titanismus“ und dem „Säkularismus“ ist ein weiteres das von der „Autonomie“, worunter man in diesen Kreisen ein rein menschliches, vielleicht überhebliches Streben nach Selbsterlösung, ja eine Verdrängung Gottes durch den Menschen versteht. Durch dieses Stichwort wird bei Professor Dehn auch der ganze Sozialismus gekennzeichnet. Also das Leiden und Sehnen des Proletariates, seine Hoffnung auf einen Tag der Gerechtigkeit (*das ist's ja, was wir im Auge haben*), wird von einer Theologie, deren Herz zu Eis geworden ist, in die große moderne Theologenhölle der „Autonomie“, „Selbsterlösung“ und „Selbstvergottung“ geworfen. Diese Argumentation, die nun auch ein Klischee geworden ist, dessen Geistlosigkeit mit einer gewissen Anwendung geschichtsmaterialistischer Thesen wetteifert, wendet Professor Dehn auf das Verhältnis von Christentum und Sozialismus an. Gegenüber der Auffassung Blumhardts vertritt er die These, man dürfe vom Evangelium aus weder von einem heiligen Kapitalismus, noch von einem heiligen Sozialismus reden (von dem im übrigen niemand von uns je geredet hat), sondern müsse als Christ auch den Sozialismus und überhaupt das soziale Problem als eine rein *profane* Sache rein „sachlich“ behandeln. Was dieses „sachlich“ bedeute, darüber bleibt er uns die Antwort schuldig. Auch wir wollen „sachlich“ sein. Die Frage ist nur, welches die „Sachlichkeit“ ist, um die es sich handelt. Und da erkläre ich nun: *Gegenüber der Höhe und Tiefe der Blumhardtschen Auffassung, die durch eine persönliche Haltung ihren ganzen Sinn bekommt, ist die von Professor Dehn verkündete schlechterdings armselig.* Armselig, weder dem Evangelium gemäß und der Art und Haltung Jesu entsprechend, noch tief, noch klar. Armselig ist es, wenn man, nachdem uns ein prophetisch-apostolischer Mann wie Blumhardt geschenkt worden ist, über den Sinn der sozialen Bewegung, deren Teil der Sozialismus ist, vom Glauben an den Gott der Bibel aus nicht mehr zu sagen

weiß, als die paar tieffinnig fein sollenden, in Wirklichkeit nichtsagenden Sätze, die Professor Dehn als neue Offenbarung von der Saale her an Aare, Rhein und Limmat getragen hat.

Wenn behauptet wird (z. B. in der „Neuen Zürcher Zeitung“), daß das nun die Auffassung der ganzen heutigen Theologengeneration sei (was doch sehr zu bezweifeln ist), so wäre das nur ein Beweis dafür, daß diese nicht mehr fähig sei, jene Höhe und Tiefe der Auffassung Blumhardts auch nur zu verstehen. *Sie* aber wird einst gelten, nicht die freilich sehr *bequeme*, aber armfelige Weisheit gewisser Epigonen.

Die Schweiz im Lichte der Genfer Ereignisse. Die Genfer Ereignisse, sowohl das, was am 9. November, als das, was nachher geschehen ist, werden sich als so bedeutsam und folgenreich erweisen, daß es Pflicht ist, ihnen gegenüber weiter den Wahrheitsdienst zu üben. Nichts wäre verkehrter als zu sagen: „Wir wollen das endlich ruhen lassen; es wird uns langweilig!“ Das ruht eben nicht, bis es in Ordnung ist, und wer sich langweilt — nun, der gehe ins Kino!

Eine Vorbemerkung: Vor mir liegen ein paar Dutzend schriftliche Aussagen von Augen- und Ohrenzeugen der Ereignisse vom 9. November, wozu noch eine Reihe von mündlichen gekommen sind. Die Zeugen sind zum größeren Teil weder Sozialisten noch Antimilitaristen, aber ihre Aussagen sind für die bürgerlich-militaristische Darstellung jener Ereignisse völlig vernichtend. Völlige Einstimmigkeit herrscht in bezug auf folgende Punkte: Es gab keinen Grund für ein Eingreifen des Militärs. Die Polizei war, ohne Verstärkung herbeizuziehen und ohne zu schießen, vollkommen Herr der Lage geblieben. Erst das Erscheinen des Militärs schuf leidenschaftliche Erregung. Die seltsame Art, wie man es aufmarschieren ließ, sieht wie bewußte Provokation aus und hat jedenfalls als Provokation gewirkt. Die „Mißhandlung“ eines Teils der Soldaten hat wesentlich in ihrer Entwaffnung bestanden, die aber meistens ohne Zwang geschah. Von ernsthaften Verletzungen von Soldaten keine Rede. Niemand hat aus den Reihen der Manifestanten schießen gehört. Niemand weiß etwas von geworfenen Pflastersteinen; das Pflaster besteht aus Asphalt. Auch das Werfen von Pfeffer hat niemand gesehen, es kann also nur eine sehr kleine Rolle gespielt haben. Nicole hat vor dem Mitnehmen von Waffen gewarnt. Er hat zur Ruhe gemahnt. Von der Revolution hat er geredet, aber als von etwas Künftigem; übrigens haben nur ganz wenige ihn gehört. Ein an jenem Abend geplanter Umsturz ist eine Lächerlichkeit. Nicht mehr als ein Zehntel der Manifestanten sind Sozialisten gewesen. Die Polizei war auf keine Weise bedroht, noch weniger die Soldaten. Die Zahl der Manifestanten auf dem Platze unmittelbar vor ihr war kleiner als die der Truppe. Von einer Warnung hat sozusagen niemand etwas gehört.

Dieser Tatbestand wird so einmütig festgestellt und die Aussagen klingen so absolut glaubwürdig, daß ein Zweifel darüber, wer an den Ereignissen jenes Abends, besonders an dem mörderischen Schießen, die überwiegende Schuld trägt, gar nicht mehr möglich ist.

Und nun vergleiche man damit das Gebaren der bürgerlichen Presse und der Behörden! Auch die Verhandlungen in der Bundesversammlung. Ich habe schon das letztemal darüber eine kurze Bemerkung gemacht. Die Reden der Bürgerlichen waren ein Ablaufen der phonographischen Platte, die ihnen das System durch seine Presse geliefert. Nur ein katholischer Sprecher ließ wenigstens etwas von höheren Gesichtspunkten durchblicken, aber bloß, um daraus für seine Partei Gewinn zu schlagen. Die beiden Sprecher des Bundesrates, Häberlin und Minger, wandten, wohl der Unwahrheit der bürgerlich-militarischen Darstellung des Abends vom 9. November bewußt, die Methode der Ablenkung auf den Kommunismus an — eine ja sehr bewährte Methode. Man hat ja wohl inzwischen allerlei Dokumente gesammelt, die beweisen sollen und wohl auch können, daß die Kommunisten eine Revolution erhoffen und planen. Das ist wahrhaftig nichts Neues. Auch die Sozialdemokraten wollen eine solche. Die Frage ist bloß, welcher Art

sie sein soll. Und nun ist der Begriff der „Revolution“ von der bürgerlichen Seite so gehandhabt worden, daß darunter immer ein blutiger und gewalttätiger Umsturz in Form des Bürgerkrieges zu verstehen war. Es ist ein armseliger Trick. Daß er so leicht seinen Zweck erreicht, ist aber auch Schuld derjenigen in der Sozialdemokratie, die selbst kindisch damit spielen und die Phrase von der „Diktatur des Proletariates“, die bei uns eine vollendete Lächerlichkeit ist, auf dem Gewissen haben. Trotzdem — es ist klar, daß man diesen Trick nicht dulden darf: auf Grund der Tatsache, daß es solche Revolutionstheorien gibt, aus der im Wesentlichen harmlosen Manifestation jenes Abends einen geplanten gewaltsamen Umsturz zu machen. Ebenfogut könnte man aus der Versammlung der Union Nationale und dem Verhalten der Regierung und des Militärs den Plan einer blutigen und gewalttätigen Gegenrevolution in Form des Bürgerkrieges machen. Auch dafür gibt es ja ganz sicher Pläne und Dokumente; man sucht sie aber nicht auf. Ebenfogut, nämlich in der Theorie; in der Praxis aber noch sehr viel leichter — denn auf *ihr* Konto kommen die dreizehn Toten und siebzig (so viele sind es) Verletzten. Wohin kämen wir aber, wenn wir Gedanken und Träume schon mit Taten verwechselten?

Der Bundesrat hat sich, wie ja nicht anders zu erwarten war, wieder als gehorsamer Diener der bürgerlichen Parteien erwiesen. Von einem überlegenen Standpunkt keine Spur. Die Predigtöne Häberlins konnten, weil damit keine Anerkennung der Wahrheit verbunden war, selbstverständlich keine Wirkung tun. Da hätte halt ein *Gadient* hergehört, ein *Mann*. Statt dessen hat Minger den traurigen Mut gehabt, jenen Soldaten, die Werkzeuge eines die Schweiz schwer verstörenden Verbrechens geworden sind, noch extra zu *danken*. Schließlich hat sich die ganze Bürgerlichkeit zu einer Erklärung zusammengefunden, die auf Grund jener durch und durch unwahren, ja verlogenen Darstellung der Vorgänge vom 9. November eine neue Lex Häberlin verlangt.

Wenn also die Haltung der Bürgerlichen, der Bundesrat inbegriffen, über die Maßen kläglich war, so kann man leider nicht sagen, daß sich die der Sozialdemokraten auf der Höhe des Augenblicks befunden habe. Schon das mußte auffallen, daß die intellektuell und moralisch Berufensten unter ihnen gar nicht das Wort ergriffen. Das mag nun durch die erzwungene Abkürzung der Diskussion verschuldet sein. Aber man spürt wenigstens in den Referaten über die sozialistischen Reden keine Kraft. Auch hielt man sich viel zu sehr in der Defensive. Mit alledem verdiente man sich das bürgerliche Lob der Bravheit. Wie anders hätten sich da ein Greulich und Naine gestellt. Es ist nicht das erste mal, daß man erstaunt sein muß, Leute, die sonst im Auftun des Mundes wahrhaftig nicht schüchtern sind, wie der größere Teil der sozialdemokratischen Redner zu dieser Sache, auf einmal recht kleinlaut werden zu sehen, wo nun starkes und stärkstes Reden nötig gewesen wäre. Den Grund dieser Tatsache mag der Leser selbst erforschen. Vor allem aber ist eins zu sagen: Mit ganz ungleich größerer Kraft und Leidenschaft hätte gegen den jenen Ereignissen folgenden Justizskandal protestiert und Sühne für das Geschehene gefordert werden müssen. Warum fehlte es an dieser Kraft und Leidenschaft?

Inzwischen fährt man in der Einbringung der reaktionären Ernte eifrig fort. Die neue Lex Häberlin werden wir erwarten müssen. Daß sie sich vor allem gegen die Antimilitaristen richten wird, vor allem gegen uns, ist sicher. Denn der Teil des Bürgertums, dessen einzige und letzte Hoffnung die Armee ist (sie hat *darin* ihren Zweck und Sinn), ist durch die Unsicherheit dieser Stütze, die sich in Genf gezeigt hat, tief beunruhigt und sucht den Sündenbock zu treffen. In Genf hat man nun zunächst einmal eine kantonale Lex Häberlin geschaffen. Es dürfen keine politischen Versammlungen ohne vorherige Ankündigung abgehalten werden. Die Polizei ist für Abwehr von „Aufruhr“ auszurüsten. Vorbereitungen für einen solchen sind strafbar. Zugegeben, daß dergleichen nötig sei (aber dann auch nach *rechts* hin), so sind doch solche Formeln dehnbar und können leicht zur Unterdrückung der freien Gedankenbewegung werden. Vor allem aber ist eins gewiß:

wenn es so weit gekommen ist, dann ist das ein Bankrott der schweizerischen Demokratie.

Es ist auch noch ein Wort über die Ausschließung der Kommunisten aus den eidgenössischen Anstellungen zu sagen. Dagegen muß man protestieren, gerade wenn man sonst den Kommunismus bekämpft. Das ist Diktatur! Denn der Kommunismus ist nun einmal eine Volksbewegung, die Parteiform annimmt, wie andere auch. Irgend einen „Umsturz“ will jede neue und radikale Partei. Auch der frühere bürgerliche Radikalismus wollte das. Auch hier aber ist zwischen Theorien und Taten zu unterscheiden. Wenn man jede Bewegung, die radikale Änderungen im Sinn hat, politisch rechtlos machen will, nun, dann ist man eben — Bolschewist, anders gesagt: dann richtet man auf dem Platz vor dem Bundespalais in Bern den Geßlerhut auf.

Aus dem gleichen Gedankengang heraus hat man in der Bundesversammlung versucht, dem Satus, d. h. der sozialistischen Organisation für Arbeitersport einen Beitrag von 25 000 Franken zu entziehen, was nur durch geschicktes Manövrieren und — in diesem Falle — bundesrätliche Klugheit (d. h.: Angst vor den antimilitaristischen Folgen eines solchen Schrittes) verhindert worden ist.

Der Justizskandal geht ebenfalls weiter. Denn ein solcher ist und bleibt eine Unterfuchung, welche von vornherein von Parteigesichtspunkten ausgeht und die, welche zunächst einmal als die Schuldigen dastehen, das Militär und die Behörden, völlig unangetastet läßt. Sogar auf den Freiburger Krawall vom Sommer dehnt sich die Revanche des Militarismus aus: die angeklagten Soldaten sind zu im Vergleich zu der Unwichtigkeit der Vorgänge, die bloß Polizeicharakter hatten, ganz unerhört schweren Strafen (3, 2½ Monate, 17 Tage Gefängnis, 3, 3, 2 Jahre Ehrverlust) verurteilt worden. Der Genfer Arbeiter Marcel Monnet, der zu einer Gruppe der Walliser Soldaten, die am 12. November Genf besetzten, gesagt hatte: „Ihr seid Arbeiter wie wir; wenn sie euch befehlen, zu schießen, so schießt nicht, oder dann in die Luft“, wurde dafür zu 60 Tagen Gefängnis und dreijähriger Einstellung in der bürgerlichen Ehrenhaftigkeit, wie zu den Kosten verurteilt. Ebenso erhielten sieben Laufanner Arbeiter, die an einer Parteidemonstration teilgenommen hatten, bei der es einen Konflikt mit der Polizei gab, an dem diese die Hauptschuld hatte, 30 Tage Gefängnis und Entzug der Ehrenrechte für 3 Jahre, einer sogar 3 Monate Gefängnis und 5 Jahre Entzug der Ehrenrechte.¹⁾

Damit kommen wir zu der vielleicht bedenklichsten Seite der Sache: dem Verhalten unseres *Militarismus*. Und hier ist eines hervorzuheben: Wenn der ostentative Dank für die Hinmetzelung von dreizehn Mitbürgern und Verletzung von siebenzig derselben aus dem Munde eines Bundesrates schon ein schwerer Skandal ist, so ist das noch viel mehr die Beförderung jenes Offiziers, der den Befehl zum Schießen gab, des Obersten Léderrey, der zum Divisionsinstruktor ernannt worden ist. Als in Amritsar General Dyer ebenso ohne irgend eine Not in eine Versammlung von tausenden von wehrlosen Indiern schießen ließ (was zum Beginn der indischen Erhebung wurde), da hat man den schuldigen Offizier doch gemäßregelt, wenn auch viel zu milde, wir aber *belohnen* einen, der mutatis mutandis das gleiche getan, ja sogar auf Mitbürger geschossen hat, durch Beförderung! Wohin muß solche militaristische Frechheit führen? Wie groß diese Frechheit geworden ist, beweisen auch folgende Tatsachen: In einem Artikel der „Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitung“ zu den Genfer Ereignissen heißt es u. a.: „Ist eine Truppe einmal eingesetzt, so ist es ihre Pflicht, gegebenenfalls ihre Waffe restlos anzuwenden und auszunützen. Mit Gewehren und Maschinen-

¹⁾ Laufanner Briefträger, deren einziges Verbrechen ist, daß sie das verbotene Blatt „Le drapeau rouge“ verbreiteten, bekamen einer 26 Tage Gefängnis und 3 Jahre Einstellung im Aktivbürgerrecht, einer 5 Tage Gefängnis und 3 Jahre Einstellung, zwei je 100 Fr. Buße. Zwei Frauen bekamen dafür 200 und 100 Fr. Buße. Ein Lehrling wurde dem Korrekationsgericht überwiesen.

gewehren darf nicht Pfänderpiel getrieben werden...“ „Vorschläge wie Blind-schießen oder in die Luft schießen [was in allen Heeren bei solchen Anlässen als Warnung selbstverständlich ist] sind derartig kindisch banaler Natur, daß sie beweisen, daß man sich nie ernsthaft mit der Technik alter und neuer Revolution befaßt hat.“ Die Manifestanten aber werden in Bausch und Bogen „verbrecherisches Gefindel“ genannt. Und nun komme einer noch und sage, es gäbe keinen schweizerischen Militarismus! Es ist sogar der blödeste und brutalste von allen, die es gibt! Den Geist dieses Militarismus und wohl auch ein Motiv jenes verbrecherischen Schießens beleuchtet auch ein Satz aus einer Erklärung, die der Präsident der Basler Ortsgruppe der Liga für Menschen- und Bürgerrechte und Vorortgruppe der Schweiz (wie man vernimmt ohne Vollmacht) veröffentlicht hat: „Die Demonstranten glaubten, ... in Genf dürften sie die Soldaten mißhandeln, entwaffnen, die Truppe verhöhnen. In einer fürchterlichen Lektion ist dann dem ganzen Volke energisch zum Bewußtsein gebracht worden, daß *Schweizermilitär sich nicht ungestraft schänden läßt.*“ [Vom Verfasser gesperrt!] Ebenso wird die Frechheit dieses abgeleugneten schweizerischen Militarismus durch einen Vorfall illustriert, der sich letzten Frühling in Aarau abspielte: Als dort durch Verbreitung eines Flugblattes unter den Rekruten antimilitaristische Agitation getrieben wurde, ging eine Offizierspatrouille in die Stadt und verhaftete den Mann, der dieses Blatt verbreitet hatte. Auf eine Interpellation hin erwiderte der Bundesrat, das Militär habe zu solchen Eingriffen das Recht, denn es sei ja zum Schutze von „Ruhe und Ordnung“ da! Nicht weniger bezeichnend ist, daß ein Mann wie der *Oberst Sonderegger*, einer der schlimmsten Agenten der Rüstungsindustrie, sich in Vorträgen und Aufsätzen über die Aufrüstung der Schweiz so in den Vordergrund drängen darf. Es ist ein ganz schlimmes Zeichen!

Ich füge noch zur Beleuchtung des Friedensinstrumentes, das ja das Milizheer sein soll, hinzu, daß jedes Jahr ausgerechnet unmittelbar nach Weihnachten ein die Zeitungen ausfüllendes Tableau der militärischen Kurse und Beförderungen veröffentlicht wird.

In diesen ganzen Zusammenhang gehören auch einige andere Tatsachen. Erstens: Siebzehn Schweizerbanken seien an der Hilfe für die Hinterziehung französischer Steuern beteiligt. Sicherlich alles Militärpatrioten! Sodann: Die „Neue Zürcher Zeitung“ veröffentlicht (auch unmittelbar nach Weihnachten und gleichzeitig mit dem Postulat einer neuen Lex Häberlin) einen langen Artikel zu Gunsten des Waffen- und Munitionshandels nach dem Ausland. Endlich: *William Martin*, der unvergleichlich beste Journalist der Schweiz, soweit die Erörterung *weltpolitischer* Probleme in Betracht kommt, verläßt das „Journal de Genève“, das sein Weltansehen wesentlich ihm verdankt, und wird Professor der Geschichte an der Technischen Hochschule in Zürich. Damit ist nicht nur das „Journal de Genève“ zu einem bloßen reaktionären Lokalblättchen geworden, sondern auch eine der wertvollsten Stützen des Völkerbundes dahingefallen. William Martins freier und weiter Geist paßte ja längst nicht mehr zu dem Geist, der im „Journal de Genève“ sonst meistens weht. Wenn auch das Gerücht, daß Einflüsse der Rüstungsindustrie diesen auffallenden Wechsel verschuldet hätten, falsch sein sollte, so wird man doch nicht fehlgehen, wenn man ihn als ein Zeichen und einen Sieg der schweizerischen Reaktion ansieht.¹⁾

Man sucht im Angesicht der Lage, die durch all diese Tatsachen beleuchtet wird, nach Zeichen eines *besseren* Geistes. Ist denn in der *bürgerlichen* und *christlichen* Welt wirklich keine andere Stimme als die der blindwütigen Reaktion zu vernehmen? ²⁾ Leider kann ich davon nur wenig berichten. Die Kirchen

¹⁾ Wenn sogar von *japanischen* Einflüssen geredet wird, die in dieser Sache eine Rolle gespielt hätten, so ist das sehr bezeichnend.

²⁾ Die ganze Blindwütigkeit dieser Reaktion wird u. a. durch einen Artikel gekennzeichnet, den ein gewisser K. Z. (Karl Zimmerli) im „Freien Rätier“ gegen Nationalrat Dr. Gadiant und die religiös-sozialen Pfarrer losgelassen hat. Weiter kann es nicht mehr gehen!

hüllen sich in Schweigen. Man muß froh sein, wenn sie nicht bürgerlich-reaktionär mitwüten. Nur in den „Cahiers protestants“ hat der Genfer Pfarrer und Professor August Lemaître etwas andere Töne angeschlagen, und im „Völkerbund“ sind seine Ausführungen teilweise wiedergegeben, zugleich mit einer Erklärung, die im Herbst 1918 vor einer ähnlichen Lage Professor Ernst Bovet im Namen einer Reihe von bedeutenden Persönlichkeiten der bürgerlichen Welt veröffentlicht hat. Ebenso bringt das kirchliche Gemeindeblatt von Tablatt in St. Gallen wenigstens das Problem zur Sprache. Aber wie traurig ist die redaktionelle Haltung eines Blattes wie der „Nouvel Essor“!¹⁾

Meine Ausführungen über diese Dinge in diesem Heft, wie in den beiden letzten, haben nur einen Zweck: Sie wollen die Lage beleuchten und die schwere Gefahr, die uns droht, klar machen, nichts anderes. Dazu ist aber Wahrheit nötig. Und da scheint mir nun eines vor allem wichtig: *Jenes Genfer Unheil vom 9. November muß getilgt werden.* Es wird aber nur getilgt durch Gerechtigkeit und Liebe und durch Sühne für die schwere Schuld. Diese Sühne muß in einer richtigen und unparteiischen gerichtlichen Behandlung bestehen. *Darauf muß mit unerbittlichem Ernst gedrungen werden.* Das darf nicht liegen bleiben, sonst folgt daraus weiteres und noch schwereres Unheil. Jenes Blut darf nicht ungefühnt bleiben. Es *schreit* nach Sühne. Wir alle aber wollen unsern Teil Schuld auf uns nehmen. Es ist *gemeinsame Sache!*

Von der Dienstverweigerung. 1. *Schweiz.* Ueber die schweizerischen Dienstverweigerer gibt der „Kriegsdienstgegner“ in seiner letzten Nummer folgende Zusammenstellung: *Maurice Dubois* war kürzlich zwei Tage im Gefängnis, weil er seine Militärsteuer nicht bezahlte. *Willy Otter* aus Neuchâtel und *René Mingard* aus St. Blaise sind aus demselben Grund zu zehn Tagen verurteilt worden. *Willy Blaser* aus Le Locle hat sich geweigert, die Rekrutenschule zu besuchen und wurde deshalb zu einem Monat verurteilt. *Max Kinaf* aus Genf hat sich geweigert, zur militärischen Uebung einzurücken, und ist vom Militärgericht zu zwei Monaten Gefängnis und zu zwei Jahren Verlust der bürgerlichen Rechte verurteilt worden. Es ist seine erste Strafe. *Raymond Bertholet* aus Genf ist am 21. September zum viertenmal vor dem Militärgericht wegen Verweigerung der Teilnahme an militärischen Uebungen erschienen. Er wurde zu vier Monaten Gefängnis, vier Jahren Verlust der bürgerlichen Rechte und zur Ausstoßung aus der Armee verurteilt. Seine früheren Strafen waren je zwei, drei und vier Monate Gefängnis.

Folgende Personen sehen ihrem Prozeß entgegen: *E. Lyrer*, La Chaux-de-Fonds, zweite Anklage wegen Nichterscheinsens zur Waffenübung. *H. Vatré*, Genf, zweite Anklage wegen Nichterscheinsens bei der Rekrutenschule. *Louis Flückiger*, La Chaux-de-Fonds, zweite Anklage wegen Nichterscheinsens bei der militärischen Inspektion. *J. Tobler*, Genf, erste Anklage wegen Nichterscheinsens beim Wiederholungskursus. *A. Tronchet*, Genf, erste Anklage wegen Nichtstellung zum Sanitätsdienst. *Mottier*, Theologiestudent, Genf, erste Klage, Nichtstellung zum Militär.

2. *Frankreich.* Von den französischen Kriegsdienstverweigerern gibt der „Kriegsdienstgegner“ folgende Liste: *Charles Launay* ist jetzt im Gefängnis Cherche-Midi, Rue du Cherche Midi, Paris. *Jaques Martin*, ein Student der protestantischen Theologie, und *Pau*, befinden sich in demselben Gefängnis. *Emile Baulu* ist zum zweitenmal verurteilt worden und verbüßt seine Strafe von einem Jahr in der Festung du Ha in Bordeaux. *Recipont*, der schon ein Jahr im Arrest von Orléans, Loiret, verbracht hat, wurde im August verhaftet, weil er dem Stellungsbefehl nicht gehorchte. Die Obigen sind neue Gefangene, die zu den früher aufgezählten hinzukommen. *Jaques Martin* ist wegen Verweigerung des Militärdienstes zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Sein Fall hat in Frankreich selbst sehr viel Staub aufgewirbelt und ist in der englischen und der anderen Presse vielfach beachtet worden. Einer der Zeugen im Prozeß sagte: „Ich habe

¹⁾ Einen trefflichen Artikel bringt Pfarrer Max Heinz im „Diakonieboten“.

den Eindruck, daß ich mich unter rechtlichen Menschen befinde, aber der allerrechtlichste ist der Angeklagte.“ Jean Richard Bloch, der bekannte Schriftsteller und Offizier der Ehrenlegion, sagte als Zeuge: „Wenn der Weltkrieg nicht jedem Krieg ein Ende setzt, hat er keinen Sinn gehabt; und wenn die jetzige Generation sich nicht selbst befreien kann, hatte der Sieg keinen Sinn.“ Andere Zeugen waren Coorman, ein protestantischer Geistlicher, Marc Sangnier, der bekannte katholische Pazifist, und einige Professoren.

Die Fälle Charles Launay und Emile Baulu sind von der Ligue Internationale des Jeunes contre la Guerre zu wertvoller Propaganda ausgenützt worden. Diese Organisation hat Flugblätter ausgeschickt, in denen es heißt: „Indem diese jungen Männer ihrem Gewissen gefolgt sind und den Militärdienst verweigert haben, dienen sie der vornehmsten aller Bewegungen. Sie sind die Opfer des Friedens; sie haben das republikanische Schlagwort der Brüderlichkeit angewendet; sie haben ihre Pflicht getan. Wir ehren und lieben diese tapferen Männer, die um der Zukunft der Menschen willen arbeiten und leiden. Wir protestieren energisch gegen ihre Verhaftung, denn es ist unerträglich, daß ehrenhafte Männer wie Verbrecher behandelt werden. ‚Das Reich des Gesetzes hört dort auf, wo das Reich des Gewissens beginnt.‘ (Napoleon).“

„Der Kriegsdienstgegner“ behauptet, es hätten nach offizieller Feststellung in Frankreich „120 000 Männer den Kriegsdienst verweigert“. Was soll das heißen? Auf welchen Zeitraum bezieht sich diese Angabe? Handelt es sich einfach um solche, die sich durch die Flucht ins Ausland oder sonstwie dem Militärdienst entzogen haben? So wird es ja wohl gemeint sein.

Ueber den Fall *Jacques Martin* soll, wenn möglich, noch ausführlicher berichtet werden.

3. In *Holland* sind gegenwärtig 25 Verweigerer im Gefängnis oder der Verurteilung gewärtig.

4. In *Dänemark* scheint die Abneigung der radikalen Kriegsdienstverweigerer gegen den Zivildienst nachgelassen zu haben. Das Zivildienstlager in Gribskow sei überfüllt. Hunderte von den neuen Rekruten meldeten sich dafür; in dem einzigen Städtchen Varde 36, während im jütländischen Doof 30 den Militärdienst verweigerten. *Vig Knudsen* werde weiter gequält. Der Volkshochschullehrer *Rudolf Lindholm* habe wegen Verweigerung 3 Monate Gefängnis bekommen.

5. Aus *Polen* und *Litauen* werden als besonders standhafte und tapfere Verweigerer *Platon Kosciwicz* und *Josif Stankunas* genannt. Ihre Strafen sind so hoch (*Kosciwicz* ist nach Abbüßung eines Jahres zu weiteren zwei Jahren verurteilt worden, trotzdem er lungenkrank ist, *Stankunas* zum drittenmal zu zwei Jahren) und die Behandlung so schlecht, daß sie in einen Hungerstreik getreten sind. *Jan Minke* ist das dritte Jahr im Gefängnis; *Dymitr Butkiewicz*, Vater eines dreijährigen Knaben, verbüßt jetzt, nachdem er schon zweimal zu einem Jahr und vier Monaten verurteilt gewesen, eine Strafe von zwei Jahren. Eine noch schwerere Behandlung erfahre *Jan Zdaniewicz*, doch wird Genaueres nicht gemeldet. *Juozas Petrullis* endlich sitzt schon mindestens sieben Jahre wegen Verweigerung in einem litauischen Gefängnis.

Die meisten dieser Männer verweigern aus religiösen Gründen, einige sind Baptisten.

6. Eine *Jugendkonferenz der Kriegsdienstgegner* fand vom 1. bis 3. August des vergangenen Jahres auf der Insel Lille Oxoe in der Flensburger Förde statt. Sie verhandelte über „Jugend, Kriegsdienstverweigerung und Revolution“ und über die „Internationale Zusammenarbeit der Jugend gegen Krieg und Militarismus“. Es waren 100 Delegierte aus 14 Ländern anwesend. Leiter sind *Harold Bing*, Hull, England (90, Westbourne Avenue) und *Franz Rona*, Wien (Döblergasse 2/26).

7. Die *dänischen* Gewerkschaften der Matrosen, Hafenarbeiter und Heizer haben Beschlüsse gegen den Transport von Kriegsmaterial gefaßt und das Recht verlangt, verdächtige Ladungen zu untersuchen. Ähnliches beschließen die *argen-*

tinischen Lokomotivführer und Heizer für den Krieg zwischen Bolivien und Paraguay.

8. Ein belgischer Sergeant, *Pierre van den Eeden*, zerbricht sein Gewehr, wie sein Regiment gegen den Bergarbeiterstreik aufgeboten wird. „Ich werde nicht auf meine Brüder schießen.“ Die *sozialistische Antikriegsliga* von Antwerpen erklärt: „Wir werden auf keinen Fall an Krieg teilnehmen.“

9. Auch in *Südamerika* bilden sich Gruppen der Internationale der Kriegsdienstverweigerer.

Zur Pfadfinderfrage. Zur Fortsetzung des Diskussions über das Verhältnis des Pfadfindertums zum Militär und Militarismus bringe ich, ohne selbst Stellung zu nehmen, die zwei folgenden Dokumente:

I.

Die Pfadfinder-Organisation in den *Vereinigten Staaten* zählt beinahe eine Million Mitglieder; sie ist über das ganze Land verbreitet und bildet die einzige Jugend-Organisation[?]. Die Pfadfinder leisten einen Schwur, daß sie ihre Pflicht gegenüber Gott und Vaterland erfüllen werden. Dreißig Prozent aller weißrassigen Jungen sind Pfadfinder, fünfzig Prozent der Studenten sind es gewesen. In den Sommer-Camps findet jeden Morgen beim Hisen der Flagge eine Paradezeremonie statt. Mittags werden auf streng militärische Weise Parolen ausgegeben. Manchmal findet abends eine große Flaggenparade statt. Die Pfadfinderbewegung in Amerika nimmt einen pazifistischen Standpunkt ein. Sie findet den Krieg abscheulich und verurteilt den Militarismus in jeder Form. Das Militär-Wochenblatt Nr. 40, aus dem wir diese Mitteilungen übernehmen, fügt aber hinzu, daß das Kriegsministerium dieser Bewegung dennoch volle Sympathie entgegenbringt, und es gibt die Auffassung der Offiziere mit den folgenden Worten wieder: „Es kommt gar nicht darauf an, was in Theorie verkündigt wird, sofern es nur in der Praxis auf etwas anderes hinausläuft. Sie entwickeln bei der Jugend die moralischen und die körperlichen Eigenschaften, die auch vom Soldaten verlangt werden. Warum sollen wir uns denn weiter darum kümmern?“ Der falsche Wort-Pazifismus wird hierin wohl scharf an den Pranger gestellt! Und daß die amerikanischen Offiziere den Sachverhalt richtig erfaßt haben, beweist das Schlußwort des Artikels im M.-W.: „Den Pfadfindern ist es zu danken, daß Amerika mehr und mehr über eine junge Generation verfügt, der Dienst am Vaterland, Einordnung in die Gesamtheit, militärische Disziplin und für den Felddienst wertvolle Kenntnisse selbstverständlich sind.“ (Antimilitaristischer Pressedienst.)

II.

Basel, den 21. November 1932.

Sehr geehrter Herr Redaktor!

Zu meiner Verwunderung habe ich konstatieren müssen, daß Ihre Aufforderung zur Berichterstattung über die Pfadfinderei und ihre Tendenzen kein direktes Echo gefunden haben, so daß Sie aus dem „Aufbau“ berichten mußten. Als alter Pfadfinderführer fühle ich mich nun verpflichtet, Ihnen einige direkte Beobachtungen mitzuteilen:

Ich verfolge diese Jugendbewegung mitwirkend seit 1912. Gewiß bestand einige Zeit die Gefahr, daß Militaristen, Politiker und gesellschaftliche Gemeinschaften die Absicht hatten, sich dieser Erziehungsmethoden zu bemächtigen zu Selbstzwecken; aber die weltweiten und grundtreuen Pläne des Gründers dieser Bewegung vereitelten bald diese Nebenabsichten. Wer das Pfadfinderprogramm in seiner vollen Tiefe erfaßt und es dann, innerlich gedrungen, in Leben und Tat umzusetzen bestrebt ist, der hat keine höheren Ziele mehr als Friede, Liebe und Dienst an andern. Schon allein die Tatsache, daß Baden-Powell, der General, der alle Schrecken des Krieges miterlebt und selbst durchgemacht hat, nun in seinem reifen Alter in allen seinen Werken die Jugend auffordert zu Friedens-

und Liebeswerken, zur Achtung gegen Andersdenkende und Andersituierte, zur Wertschätzung aller Rassen, Stände und Religionen, beweist, daß er einen Weg geöffnet hat zur wirksamen Beseitigung von Chauvinismus, Mißtrauen und Streit. Für mich war es ein recht schmerzlicher Schlag, als die Leitung der Gewerkschaften die Pfadfinderei als eine Machenschaft der Bourgeoisie erklärte und damit einen verderblichen Graben zwischen der Jugend verschiedener Stände schaufelte. Ich hoffe, daß der Wahrheitsgehalt der Pfadfinderei einst auch diese Verirrung überwinden werde, so daß unsere Jugend nicht durch Verhetzung getrennt, sondern durch treues Zusammenwirken geeint und zum Wohle der Gesamtheit gefördert werde. Jawohl, wir wollen aufmerksam wachen über die Fortentwicklung der Bewegung! Jawohl, wir rufen auf zu treuer Mitwirkung! Je länger wir die Bewegung verfolgen, desto größer wird sie uns. Wer einmal unvoreingenommen ein Weltjamboree mitgemacht hat, der weiß bestimmt, daß hier die Jugend erzogen wird zu Friede, Aufopferung und Liebe.

Hochachtend

G. Lanz, Ofm., Bruderholzallee 212.

Ein Dank. Allen lieben Freunden, die mitgeholfen haben, das Heim für notleidende Kinder in Trogen zu ermöglichen, möchte ich im Namen des Vereins Bruderhilfe herzlich danken. Das Heim wurde am 1. Juli letzten Jahres eröffnet. Ein Trupp von 24 Kindern aus den Industriezentren Deutschlands füllte es sofort mit fröhlichem Leben. Diese Kinder blieben vier Wochen und erholten sich überraschend gut in der kurzen Zeit. Noch andere Kinder lösten sie ab, die nun sechs Wochen blieben, um wiederum andern Platz zu machen. Eine deutsche Schwester hat sich freiwillig zur Verfügung gestellt, um das Heim zu leiten. Mit ihrer großen Mütterlichkeit und klaren Festigkeit versteht sie es ausgezeichnet, nicht nur eine Atmosphäre sonniger Fröhlichkeit zu schaffen, sondern auch mit den beschränkten Mitteln den Kindern alles Nötige zukommen zu lassen. Die Kinder haben freie Fahrt bis zur Schweizergrenze, erhalten aber sonst fast keine Unterstützung, so daß wir auf freiwillige Beiträge angewiesen sind. Wir sind sehr froh um jedes neue Mitglied und begrüßen besonders freudig solche Menschen, welche die Arbeit auch ideell mittragen helfen und auch in ihrem Kreise weiter werben. Da unser Verein international ist, hoffen wir, durch unsere Arbeit immer mehr mithelfen zu können, daß über die künstlichen Grenzen hinüber die Menschen einander in Bruderliebe gegenseitig beisteuern und einander verstehen lernen. Im Namen des Vereins Bruderhilfe: Anna Schmid, Luzenberg (App.)

Versammlungen. Aarau. Religiös-soziale Gruppe des Kantons Aargau. Sonntag, 29. Januar, nachmittags 2¼ Uhr, Versammlung im alkoholfreien Restaurant „Helvetia“. Thema: „Die gegenwärtige Lage und die Aufgabe des religiösen Sozialismus.“ Referent: Dr. Leonhard Ragaz. Zu dieser Versammlung sind alle Freunde der religiös-sozialen Sache herzlich eingeladen.

Bern. Die Leser der „Neuen Wege“ werden freundlich eingeladen, die *Auspracheabende* über das Buch von J. Heering: „Der Sündenfall des Christentums“, zu besuchen und auch Gäste mitzubringen. Der nächste Abend findet statt am *Mittwoch, den 25. Januar*, 20 Uhr, im *Gemeindeaal, Wallgasse 4*. Thema: *Das sittliche Urteil über den Krieg*. Einleitendes Referat von Marie Lanz.

Verstorbene. Eduard Bernstein, der Begründer und Führer des „Revisionismus“ in der deutschen Sozialdemokratie (vor allem durch seine Schrift: „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“), war einer jener Menschen, bei denen es sich zeigte, daß *Gefinnungen* mehr bedeuten als *Theorien*. Er, der Revisionist, hat während des Krieges eine viel radikalere Haltung eingenommen, als viele radikale Schreier von früher, die ihn am liebsten auf einem Scheiterhaufen verbrannt hätten. Ein edler, ganzer, lauterer und fester Mann, der seinen Sozialismus mit der alten deutschen Gründlichkeit und Ehrlichkeit des Denkens und dem alten deutschen Idealismus verband.